

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/121

Bonn, den 30. Juni 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>SED noch einmal ausgewichen</u>	71

Von Herbert Wehner, MdB

Stellv. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

3 - 4	<u>Im Geiste des Konzils</u>	78
-------	------------------------------	----

Die katholischen Bischöfe
und die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

Von Peter Nellen, MdB

5 - 6	<u>Bolivien vor den Wahlen</u>	69
-------	--------------------------------	----

Die Zukunft hat viele Fragezeichen.
Von unserem HD-Korrespondenten in Lateinamerika

6	<u>Die kalte Revolution in Argentinien</u>	32
---	--	----

Ein interessanter Bericht aus Buenos Aires

SED noch einmal ausgewichen

Von Herbert Wehner, MdB

Stellv. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Soll man lachen oder soll man weinen? Die SED-Führung stellt sich wieder nicht zur Diskussion. Sie hat die Termine für die in Chemnitz und Hannover verabredeten Versammlungen storniert.

Das erste Mal ereignete sich Anfang April. Damals nahm die SED-Führung nicht das Angebot der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands an, eine unbeschränkte offene Diskussion im Deutschen Fernsehen stattfinden zu lassen.

Das zweite Mal geschah Ende April. Damals hielt die SED-Führung die Mai-Termine für die beiden Versammlungen "nicht für opportun".

Beim dritten Mal versucht die SED-Führung nun den Eindruck zu erwecken, es sei etwas Ungewöhnliches geschehen und deshalb sei es unzumutbar für Redner der SED, nach Hannover zu kommen.

- * Dabei ist nichts anderes geschehen, als daß im Rahmen der in der
- * Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze die gesetzliche
- * Möglichkeit geschaffen worden ist, Rednern der SED die ungehin-
- * derte Einreise und Ausreise zu gewährleisten, gleichgültig was sie
- * in Hannover gegen unsere freiheitlich demokratische Ordnung sa-
- * gen werden.

Genau darum hatte übrigens ursprünglich die SED-Führung ersucht, als sie Ende März mit dem Vorschlag herauskam, es sollten in je einer Stadt der beiden Teile Deutschlands Versammlungen abgehalten werden. Nachdem nun die gesetzliche Möglichkeit geschaffen worden ist, weicht die SED-Führung erneut aus.

Kuß daraus der Schluß gezogen werden, die Auseinandersetzung zwischen SPD und SED sei beendet und habe ihren Zweck verfehlt? Zunächst ist lediglich deutlich gemacht worden, daß die SED in Juli nicht kann, was sie noch Ende April für möglich zu halten schien. Ihre Ankündigung, daß sie den Dialog auf anderen Ebenen suchen und fortführen werde, deutet darauf hin, daß sie "von unten auf" beginnen möchte.

Wie will sie aber Sozialdemokraten ins Gespräch ziehen, wenn sie es noch nicht einmal für möglich hält, in Hannover zur Diskussion

zu stellen, was Herr Norden zur Einschätzung der deutschen Situation zusammengebraut hat?

Die SED-Führung hat sich dazu verleiten lassen, chinesisch zu reden; politisch chinesisch, versteckt sich. Sie hat sich damit einen Ehrendienst geleistet, denn diese politische Ausdrucksweise paßt nicht in die gegenwärtige europäische Situation. Sie paßt auch nicht zu den Fäden, die zwischen Moskau und Paris und zwischen mancher anderen Hauptstädten West- und Osteuropas gesponnen werden.

- * Die alten kalten Kriegsgeschichten Nordens haben in all den
- * Jahren, in denen sie erzählt worden sind, keinen nennenswerten
- * Eindruck gemacht. Sie hätten vielleicht verblüffend gewirkt,
- * wenn sie in Hannover aufgetischt worden wären. Aber um diesen
- * Auftritt hat sich Herr Norden selbst gebracht. Vielleicht über-
- * legt es sich der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung,
- * Herrn Norden zu sich einzuladen? Weil doch Herr Norden
- * den Forschungsbeirat so gräßlich dargestellt hat.

Wenn man bedenkt, daß die SED-Führung diesen ganzen Aufwand getrieben hat, damit in ihrem eigenen Herrschaftsbereich ihre eigene völlig verzerrte Darstellung von der deutschen Situation und den angeblichen Absichten der westdeutschen Revanchisten nicht durch den frischen Wind der sozialdemokratischen Argumente vertrieben werde, muß man die SED-Führung fast bedauern.

Wie will sie denn in Fortsetzung auf dem Eisberg der alten kalten Kriegsgeschichten im Golfstrom unserer Zeit übersommern? Meint sie im Ernst, sie könne politisch davon leben, daß sie die Menschen in ihrem eigenen Herrschaftsbereich durch ihre Geschichten einschüchtert und hoffnungslos macht?

Leider kann man nicht unbeschwert lachen, weil zunächst drüben, hinter der Mauer, die Hagelschauer der Nordenschen Propaganda ihre Wirkung tun werden. Zwar werden sie auch dort niemanden überzeugen, aber sie werden den Eindruck machen, daß die SED-Führung zwar zu schwach ist, sich Argumenten aus der Bundesrepublik zu stellen aber doch innerhin "stark" genug, der Diskussion auszuweichen.

"Aller Anfang ist schwer", hatte die SED in einer ihrer "Briefe" gemeint. Aber mit "Initiative und Geduld", so hatte die SED den Ball aufgefangen, wird doch manches in Gang zu bringen sein, das schließlich dazu beitragen wird, den Menschen in gespaltenen Deutschland das Leben und das Zusammenkommen leichter zu machen.

Das Rsd läßt sich nicht zurückdrehen.

In Geiste des Konzils

Von Peter Kellen, MdB.

Die Verlautbarung der katholischen Bischöfe des Landes Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl am 10. Juli erfüllt die hochgespannten Erwartungen des bei weitem überwiegenden Teils der gläubigen Katholiken, in Bezug auf klare und wirklichkeitsnahe Auswirkungen des konziliaren Geistes in der modernen Welt. Für zahlreiche Nichtkatholiken und der Kirche Fernstehende ist sie ein überzeugendes Beispiel und ein gelungener Test für einen offenen Katholizismus und eine der Welt hilfreich zugewandte Kirche.

Die Bischöfe stellen fest, daß das Parlament eine s t a a t - l i c h e Einrichtung und die Wahl ein p o l i t i s c h e r Vorgang ist. Den Rat, deswegen dazu überhaupt zu schweigen, weisen sie zurück, weil die Mitglieder der Kirche nicht außerhalb der staatlichen Ordnung stehen, sondern gerade in einem demokratischen Staat und einer weltanschaulich mehrheitlichen Gesellschaft auch als Bürger sehr bestimmte sittliche Pflichten haben. Diese sittlichen Pflichten bewußt zu machen und auszusprechen, halten die Bischöfe für ihre legitime Aufgabe. In der Ordnung unserer freiheitlichen Gesellschaft muß man ihnen uneingeschränkt beipflichten. In ihrer Verlautbarung halten sich die Bischöfe nicht nur genau an die Generallinie der Konzilskonstitution über "Die Kirche in der modernen Welt", sondern sie führen sie in dieser Frage genau an.

Was sagen sie im einzelnen? "Die bürgerliche Gesellschaft und Kirche sind jeweils auf ihrem Gebiet voneinander unabhängig und selbständig." Sie haben verschiedene Aufgaben. Ziel der bürgerlichen Gesellschaft ist es, das Gemeinwohl in der irdischen Welt hier und heute zu verwirklichen. In diesem ihrem Eigensbereich ist die Politik deswegen eigenständig. Die Kirche setzt keine Hoffnung auf Sondervergünstigungen und Bevorzugungen - Privilegien, die ihr eventuell vom Staat oder den Parteien, überhaupt von politischen Kräften angeboten werden. Sie verlangt Freiheit der Glaubensverkün-

gung und der Predigt über die wahre Würde des Menschen und einer menschenwürdigen Gesellschafts- und Staatsordnung. Politische Angelegenheiten beurteilt sie von einem ausschließlich religiös-sittlichen Standpunkt. Sie verpflichtet den Christen zur "solidarischen Verbundenheit" mit allen Gliedern der Gesellschaft und den gemeinsamen Ganzen des Staates. Es entspricht den sozialen und mitbürgerlichen Wegen des Menschen, an der Gestaltung oder politischen Gemeinschaft aktiv, bewußt und entscheidend teilzunehmen. Ohne einseitige Bevorzugung oder auch nur Nennung einer politischen Gruppe zollt sie allen denen, die sich zum Dienst an Menschen der politischen Arbeit widmen Lob und Achtung. Kein Christ darf sich für seinen Teil, etwa als wählender Staatsbürger oder in der Mitarbeit bei einer Partei von dieser Arbeit ausschließen. Aus bloßer Bequemlichkeit oder Uninteressiertheit der Wahl fernzubleiben, ist mit seinem Gewissen nicht vereinbar.

Es wird klar und eindeutig festgestellt: "In Fragen der Ordnung irdischer Dinge kann es unter Christen berechnete Meinungsverschiedenheiten geben." Die Christen haben deswegen die Freiheit zwischen verschiedenen politischen Parteien, ihren Programmen, ihren Wegen und Mitteln zur Verwirklichung des Gemeinwohls frei zu wählen. "Dabei hat niemand das Recht, die kirchliche Autorität ausschließlich für sich und seine eigene Meinung zu beanspruchen. Deswegen hat keine Partei das Recht vor vornherein und für alle Zeiten eine besondere kirchliche Bevorzugung, einen nur ihr zukommenden Segen oder eine ausschließliche Empfehlung zu beanspruchen."

Die bischöfliche Verlautbarung zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen verzichtet deswegen bemerkenswerterweise auf jedes Wort, ja auf die geringste Andeutung dieser Art. Umso deutlicher aber betont sie, daß nichts wichtiger sei als die ständige Deckung und Pflege des Sinnes für Gerechtigkeit, Wohlwollen und Dienst an der Gemeinschaft und feste Grundüberzeugungen über das wahre Wesen einer menschenwürdigen politischen Gemeinschaft.

Der freiheitliche demokratische Sozialismus mit seinen Grundwerten, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, darf sich durch dieses Bischofswort nicht nur voll verstanden, sondern in einer offenen gesprächsbereiten Katholizität gewürdigt fühlen. Für die freie und eindeutige politische Wahlentscheidung katholischer Mitbürger ist uneingeschränkt Raum gegeben. Diese grundsätzlichen Erklärungen verdienen volle Würdigung. Nur derjenige muß mit ihnen "unzufrieden" sein, der die Wahlentscheidung von Katholiken zum Schaden von Staat und Kirche, Religion und Politik zugunsten einer Partei monopolisieren möchte. Die Erklärung der katholischen Bischöfe erlaubt es keiner Partei sie gegen andere als Schlaginstrument zu verwenden.

Bolivien vor den Wahlen

Die Zukunft hat viele Fragezeichen

Von unserem HD-Korrespondenten in Lateinamerika

Den fast vier Millionen Bolivianern, die sich auf den endlosen Weiten eines gebirgigen Landes von mehr als einer Million qkm im Herzen Südamerikas unbegrenzt frei fühlen können, wird ihre Heimat zu eng: seit dem 4. November 1964, als die Militärs die Macht an sich rissen, verwandelt sich ihr Land immer mehr in einen Polizeistaat.

Terrorisierten zwischen 1952 und 1964 die bewaffneten Milizen der extremen Linken das Land, so sind heute Militärs und Rechtsextremisten am Werke. Die freie Meinungsäußerung ist unmöglich geworden, die Anhänger des entmachteten halbsozialistischen Regimes werden verfolgt und öffentlich mit der Fache "bis ins dritte Glied" bedroht.

In diesem Treibhausklima sollen 1,4 Millionen Bolivianer am 3. Juli einen neuen Präsidenten, einen Vizepräsidenten und ein Parlament wählen. Die Wahl soll darüber entscheiden, ob die Militärs an der Macht bleiben oder das Land nach 20 Monaten eiserner Militärdiktatur wieder eine zivile Regierung erhält und der Weg zur Demokratie wieder frei ist.

Über Bolivien, das Alexander von Humboldt einmal den "Bettler im Silbermantel" wegen seiner unermesslichen und nicht annähernd ausgenutzten Bodenschätze genannt hat, brauen sich wieder einmal dunkle Wolken zusammen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung, die mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von nur 79 Dollar alle Rekorde der Armut in unterentwickelten Lateinamerika schlägt, kann zu einer Explosion führen, die Bolivien jeden kommunistischen Umsturzversuch rettungslos preisgibt. Wenn nach Ansicht der Kommunisten und ihrer Gegner ein lateinamerikanisches Land "zum Umsturz reif" ist, dann ist es nicht etwa Kolumbien oder Venezuela, sondern Bolivien. Schuld daran ist das selbst der Linken fehlende soziale Gewissen. Die "Bodenreform", vor einigen Jahren in Bolivien mit großartigen Verschleißbeeren bedacht, erwies sich als ein glatter Versager: die landlosen Bauern wurden in das unwirtliche Bergland des "Altiplano" abgeschoben, dessen kargen Boden sie kaum etwas abringen können, während die Großgrundbesitzer ihre Ländereien in den fruchtbaren, tropischen Niederungen behielten.

Und doch ist der Wahlsieg des 47-jährigen Präsidentschaftskandidaten René Barrientos-Ortuno so gut wie sicher. Der schneidige Luftwaffen-General, der im November 1964 den gemäßigten linksgerichteten Präsidenten Victor Paz-Estenseñoro entmachtete und in ein komfortables Exil nach Lima schickte, hat alle möglichen ernsthaften Mitbewerber kaltgestellt: der Christdemokrat Bernardino Ribao-Rioja hat ebenso wenig Chancen wie Victor Andrade, der die Anhänger des gestürzten Regimes der "Nationalrevolutionären Bewegung" (MNR) um sich sammeln möchte. Dafür sorgt eine gleichgeschaltete Presse und eine gutgeölte Polizeimaschinerie. Die Militärjunta beschuldigt die von ihr unterdrückten Anhänger des früheren Regimes, eine blutige Gegenrevolution zu planen - die MNR-Leute - hauptsächlich Bergarbeiter und Studenten, begehrten gegen die Militärs auf.

Und Barrientos-Orturo will den Präsidentensessel mit der Stimmen der Endbevölkerung für die kommenden vier Jahre erobern. Der neunmal durch Attentate politischer Gegner verwundete Fliegeroffizier kann auf jeden Fall mit der Unterstützung der Amerikaner rechnen. Es heißt, daß er sogar mit dem Gedanken spielt, die 1952 verstaatlichte Zinnindustrie zu reprivatisieren und die "Zinnbarone" Patino, Aramayo und Hochschild wieder zu Besitz und politischem Einfluß gelangen zu lassen. Der Luftwaffengeneral muß freilich befürchten, daß es in seinem Land zu einem neuen blutigen "Schlagabtausch" zwischen Konservativen und Linken kommt. In Bolivien - anders als etwa in Argentinien oder Chile - hinterlassen solche Auseinandersetzungen gewöhnlich zwischen 5 000 und 6 000 Tote, wie die unruhige Geschichte der vergangenen drei Jahrzehnte zeigt.

+ + +

Die kalte Revolution in Argentinien

Ein interessantes Bericht aus Buenos Aires

Der Umsturz in Argentinien, der den General Ongania an die Staatsspitze brachte, ist wohl die unblutigste Revolution, die jemals stattgefunden hat. Es gab keine Schießereien und keine Verhaftungen. Ursache dieser unheimlich wirkenden Revolution dürfte jene enge Verbindung sein, die man dem früheren argentinischen Diktator Peron zu den jetzigen Machthabern nachsagt. General Ongania war 1965 mit dem im spanischen Exil lebenden Peron zusammengetroffen. Seit dieser Zeit haben enge Freunde Perons, die in Argentinien leben, entscheidende Schlüsselstellungen in der Armee und in der Verwaltung - besonders in der Hauptstadt - besetzt. Die Regierung General Onganias setzt sich fast ausschließlich aus Männern zusammen, die nicht älter als 40- bis 42 Jahre sind. Unter ihnen befinden sich hervorragende Wirtschaftswissenschaftler, Bankfachleute und Sozialwissenschaftler. Der neue Präsident ist ebenfalls erst 52 Jahre alt. Das Programm der neuen Regierung soll den Ideen einer "christlich orientierten und sozial organisierten Ausgleichspolitik" entsprechen. Der gestürzte Präsident Illia, von dem es ursprünglich hieß, er werde ins Exil gehen, bleibt zunächst in Buenos Aires und steht unter Hausarrest. Er betrachtet sich nach wie vor als der legale Präsident, verfügt aber über keinerlei Macht. In den letzten Wochen vor dem Umsturz waren bereits eine Reihe seiner engsten Mitarbeiter aus den Ämtern entfernt worden.

Während des Umsturzes herrschte in Lande völlige Ruhe. Es gab zahlreiche Bürger, sogar in der Hauptstadt, die auch nach den ersten öffentlichen Verlautbarungen der neuen Regierung nicht glauben wollten, daß eine "Revolution" stattgefunden habe. Die in Argentinien akkreditierten Botschaften enthalten sich bisher jeder öffentlichen Stellungnahme. Nur von amerikanischer Seite verlautet, der Umsturz sei "völlig überraschend" gekommen. Auch hierfür gibt es eine Erklärung: Die neuen Machthaber haben schon seit Monaten die amerikanische Botschaft boykottiert, sodaß diese kaum über gute Informationen verfügt.

+ + +